

CHANCE DURCH KRISE - Demokratie statt Oligarchie

Der Rücktritt des Bundespräsidenten von seinem Amt überrascht nur auf den ersten Blick -er war längst überfällig. Sein Amt ist einem Verfassungsorgan nicht ebenbürtig. Als Staatsoberhaupt mit rein repräsentativen Aufgaben fehlt dem Amt die entsprechende Würde.



STATT Partei
Die Unabhängigen

Der Bundespräsident übt keine politische Macht aus. Das ist so gewollt. Weimar hatte einen starken Reichspräsidenten in seiner Republik entsprechend dem Kaiser der vorangegangenen Monarchie. Demokratische Elemente enthielt ja schon Bismarcks Reichsverfassung von 1871.

Die Begrenztheit dieses Amtes wurde deutlich, als der ausgewiesene Finanzfachmann Köhler im Eilverfahren das Rettungsgesetz für den EURO – eigentlich das Rettungsgesetz für betroffene Banken - ausfertigen und verkünden mußte, ohne im Geringsten mitwirken zu können. Das Gesetz verstößt direkt gegen den Maastrichter Vertrag und verletzt die non-bail-out-Regelung des umstrittenen Vertrages von Lissabon. Das muß er wider besseres Wissen mitverantworten. Er mußte das Grundgesetz verletzen, welches eine Auflösung des Bundestages ausdrücklich nicht vorsieht.

Loyalität und Staatsräson verboten ihm überdies, der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und dem Deutschen Bundestag die notwendigen Grenzen aufzuzeigen. Er war gezwungen, gegen seinen Amtseid zu verstoßen. Er konnte und durfte nicht „Schaden vom deutschen Volk abwenden“. Das Grundgesetz hat sich in vielen Punkten bewährt, aber es ersetzt nicht eine vom Volk getragene Verfassung.

Diesem Zwiespalt ist jeder Amtsinhaber ausgesetzt. Horst Köhler berührte die Grenze der Eigenverantwortung, die ihn zum Rücktritt veranlaßte. Hier befinden sich die eigentlichen Gründe für den Rücktritt von Horst Köhler gepaart mit seiner Persönlichkeit. Der Anlass - Auslandseinsätze der Bundeswehr - erscheint unglücklich gewählt, der notwendige Schritt selbst ist (auf)richtig.

Ein Bürgerpräsident sollte vom VOLK direkt gewählt und getragen sein. Warum wurde diese Möglichkeit, welche Bundespräsident Köhler sofort nach seiner Wiederwahl erwähnte, spontan von der Kanzlerin und den Medien verworfen? Das TABU der Macht wurde berührt. Daran scheiterten bisher alle Versuche, das Volk über eine VERFASSUNG auf Basis des Grundgesetzes abstimmen zu lassen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind zuallererst Vertreter des Volkes und nicht der Parteien allein. Sie sind nur ihrem Gewissen verpflichtet. Sie sind aufgefordert, jetzt parteiübergreifend die Initiative für eine demokratische VERFASSUNG zu ergreifen.

Die jetzt offenbar gewordene Krise unseres nur bedingt demokratischen Gemeinwesens ist eine CHANCE; sie kann dem Rücktritt des Herrn Bundespräsidenten eine positive Wendung geben. Diese CHANCE sollte nicht erneut verpaßt werden wie 1949 und 1990 beim Herbeiführen der deutschen EINHEIT, welche nach Artikel 146 GG ein Verfalldatum für eine VOLK getragene VERFASSUNG war. Der Weg ist vorgegeben – das deutsche Volk sollte ihn endlich beschreiten.

Pressekontakt
Hans Kolpak
Schmiedstraße 31
52499 Baesweiler
Telefon: 02401 607 4920
Hans.Kolpak at publicEffect.com
<http://www.publicEffect.com>

STATT Partei - DIE UNABHÄNGIGEN
Robert W. Hugo
Brunsberg 35
22529 Hamburg
Telefon 040 56 7857
hugo-hamburg at t-online.de
<http://www.STATT-Partei.de>

STATT Partei – Die Unabhängigen

STATT Partei ist ein Zusammenschluß kritisch denkender Menschen, offen für Angehörige aller Kulturen und Nationen, die in Deutschland leben. Bundespolitisch kann diese Bürgerbewegung nur mit dem Status einer Partei Einfluß nehmen. STATT Partei unterwirft sich keiner Ideologie, läßt sich weder 'rechts' noch 'links' einordnen. Eine ideologiefreie Politik schafft Raum für parteiübergreifende Initiativen. STATT Partei steht für eine Politik, die sich an den demokratischen Grundregeln des Grundgesetzes orientiert:

www.STATT-Partei.de .